

dem solche, die aus verschiedenen Gründen nicht in staatlichen oder kollektiven medizinischen Organisationen arbeiten, und Pensionäre, die noch in der Lage und willens sind, selbständig zu praktizieren. Um zu verhindern, daß zu viele Ärzte eine Privatpraxis aufmachen und das öffentliche Gesundheitswesen leidet, sind folgende Gruppen von der Neuregelung ausgenommen: Mediziner, die gegenwärtig im staatlichen oder kollektiven Gesundheitsdienst beschäftigt sind, Mediziner, die ihre Ausbildung vom Staat erhalten, ihnen vom Staat zugewiesene Stellen aber abgelehnt haben, und Barfußärzte, die ihre Ausbildung vom Staat oder Kollektiv erhalten haben. Außerdem ist festgelegt, daß die Privatärzte der Aufsicht der lokalen Gesundheitsbehörden unterstehen und daß sie nur vorgeschriebene Gebühren erheben können (XNA, 6.9.80).

Die Zulassung von Privatärzten deutet darauf hin, daß ein gewisser Mangel an qualifiziertem Gesundheitspersonal besteht und die Krankenhäuser und Gesundheitsstationen vielerorts überlastet sind. Privatärzte sollen eindeutig eine ergänzende Funktion erfüllen, d.h. den öffentlichen Gesundheitsdienst entlasten. Ein gewisser Mangel an medizinischen Fachkräften scheint dadurch gegeben zu sein, daß auch in der Medizin Nachwuchsprobleme herrschen und daß z.B. Barfußärzte nur noch mit Lizenz und entsprechender Qualifikation arbeiten dürfen, so daß ein großer Teil von ihnen ausfällt (vgl. C.a., August 1980, 0 42).

-st-

(15) Naturschutz

Die VR China plant, insgesamt 300 neue Naturschutzgebiete einzurichten, die rund 9,6 Mio.ha bzw. 1% der Gesamtfläche des Landes ausmachen sollen. Zur Zeit existieren bereits 72 solcher Schutzgebiete, von denen 34 während der letzten vier Jahre eingerichtet wurden. Sie umfassen insgesamt rund 1,7 Mio.ha bzw. 0,17% der Gesamtfläche Chinas (XNA, 17.9.80).

-ma-

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG KUNST UND MASSEN MEDIEN

(16) Immobilität von Wissenschaftlern und Technikern

In einem Artikel der Wissenschaftszeitung (Kexue Bao) vom 21. August 1980 beklagt der Präsident der Shenyanger Akademie der Wissenschaften, Li Xun, die Immobilität hochqualifizierter wissenschaftlicher und technischer Fachleute. Diese stellt seiner Meinung nach ein ernstes Hindernis bei der Weiterentwicklung der Wissenschaft dar. Den Hauptgrund für die Immobilität sieht Li in der Art und Weise, wie die Stellenvermittlung für Wissenschaftler und Techniker gehandhabt würde. Die mit der Stellenzuweisung

befassten Behörden hätten keine Ahnung von den Besonderheiten wissenschaftlicher Arbeit, und die wissenschaftlichen Institute hätten kein Mitspracherecht bei der Auswahl oder Versetzung ihrer Mitarbeiter. Auf örtliche Unterschiede würde nicht geachtet, und häufig bestimme sich der Rang der Wissenschaftler nach dem Senioritätsprinzip. So komme es, daß Leute, die versetzt werden sollten, nicht versetzt werden und Leute, denen Posten angeboten werden sollten, nicht eingestellt werden können und daß das wissenschaftliche Personal nicht rechtzeitig verjüngt werden könne. Die meisten Wissenschaftler blieben viel zu lange auf ein und demselben Posten sitzen. Als Abhilfe fordert Li folgende Maßnahmen:

1. Bei Stellenangeboten sollen nur die Besten ausgewählt werden, und zwar sollen Spezialisten mit wirklicher Sachkenntnis die Leute auswählen, die sie brauchen und haben möchten. Sie sollten die Möglichkeit haben, innerhalb und außerhalb ihres Institutes, ja auch außerhalb ihrer Provinz geeignete Leute auszuwählen.

2. Mitarbeiter, die für wissenschaftliche Arbeit ungeeignet sind oder lange Zeit nichts auf ihrem Gebiet geleistet haben, sollen versetzt werden. Sie könnten z.B. als Lehrer oder als Techniker arbeiten.

3. Wissenschaftler und Techniker sollten die Möglichkeit haben, gleichzeitig mehrere Aufgaben wahrzunehmen, also z.B. außer an einem Forschungsinstitut auch an einer Universität oder in einem Betrieb tätig zu sein. Dadurch würde ihnen Gelegenheit gegeben, ihre Fähigkeiten nutzbringend einzusetzen (XNA, chin., 21.8.80, nach SWB, 5.9.80).

Die Kritik an der Immobilität der Wissenschaftler zeigt, daß das System der Stellenvermittlung unter Wissenschaftlern und Technikern wenig flexibel ist und größtenteils immer noch nach althergebrachten Kriterien entschieden wird.

-st-

(17) Technische und wissenschaftliche Beratung durch Gesellschaft für Wissenschaft und Technik

Die Chinesische Gesellschaft für Wissenschaft und Technik, eine Wissenschaftsorganisation, die die Forschung auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet koordiniert, hat eine Beratungsagentur eingerichtet. Diese hat die Aufgabe, Behörden und Betrieben bei der Aufstellung von Plänen technischer und wirtschaftlicher Art Hilfe zu leisten. So soll die Agentur Pläne und Entwürfe begutachten und Freizeitkurse für wissenschaftliches und technisches Personal veranstalten. Ziel und Zweck der Beratung soll sein, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe und die Qualität der Produkte zu heben (RMRB, XNA, 17.9.80).

Mit der Wirtschaftsplanung auf Betriebs-, aber auch auf Behördenebene scheint es in China noch sehr im argen zu liegen. Nach wie vor herrscht hier ein großer Mangel an kompetenten Fachleuten. Um Fehlplanungen und damit wirtschaftliche Verluste zu verhindern, hat man die Beratungsagentur eingerichtet, die mit wissenschaftlichen Methoden praktische Hilfestellung bei der Wirtschaftsplanung geben soll.

-st-

(18) Erziehungsminister zu Problemen des Bildungswesens

Am 19. September 1980 veröffentlichte die Guangming-Zeitung eine Rede des chinesischen Erziehungsministers Jiang Nanxiang, die dieser anlässlich einer Diskussionsveranstaltung im Erziehungsministerium im Juli dieses Jahres gehalten hatte (vgl. auch XNA, 20.9.80).

In der Rede berührte er folgende Punkte:

1. China befinde sich immer noch in der Wiederaufbauphase, in der es die Folgen der chaotischen zehn Jahre Kulturrevolution zu überwinden habe. Viele Schulen seien einschließlich Einrichtung in der Kulturrevolution zerstört worden, und noch heute gebe es über 3 Mio. qm Universitätsgelände, die von anderen Organisationen belegt seien.

2. Noch gravierender sei der Verlust an Lehrpersonal. Etwa ein Drittel der alten Professoren könne nicht mehr arbeiten, die mittelalten Lehrer hätten zehn Jahre und damit den Kontakt mit ihrem Fach verloren, und die jungen Lehrer seien noch nicht genügend ausgebildet. Deshalb sei noch eine geraume Zeit erforderlich, bevor man darangehen könne, das Erziehungswesen auszuweiden.

3. Der gegenwärtige Stand im Erziehungswesen sei weit davon entfernt, den Ansprüchen der Modernisierung des Landes zu genügen. Die Primärerziehung sei noch nicht allgemein durchgesetzt. Der Sekundarschulbereich müsse strukturell verändert werden, weil 7 Millionen Abiturienten pro Jahr nur 300.000 Studienplätze zur Verfügung stünden. Auf der Sekundarschulebene müsse das Schwergewicht auf technische und Berufsausbildung gelegt werden.

4. Vorrang vor der Quantität müsse die Qualität im Erziehungswesen haben.

5. Für junge Leute mit abgeschlossener Schulbildung böten sich zwei Möglichkeiten: weiter zu studieren oder ins Berufsleben zu treten. Die Betonung müsse eindeutig auf letzterem liegen.

6. Freizeitkurse, Fernkurse, Funk- und Fernhochschulen seien weiter zu fördern, um den jungen Leuten zusätzliche Wege zu öffnen.

7. Die Schwerpunkt- oder Schlüsseluniversitäten (deren Zahl sich gegenwärtig auf 97 beläuft)

müßten es sich zur Aufgabe machen, in 10 oder 20 Jahren Weltniveau zu erreichen. Die Modernisierung des Landes hinsichtlich Bildungswesen, Wissenschaft, Wirtschaft und Landesverteidigung könne nicht unabhängig von der Hochschulbildung betrachtet werden. Aufgabe der Hochschulen sei es, Wissenschaftler und Techniker mit Spezialkenntnissen heranzubilden, die den wissenschaftlichen und technischen Problemen bei der Modernisierung gewachsen seien.

Abschließend betonte der Minister, daß es zwar gut sei, wenn zusätzliche Studienmöglichkeiten geschaffen würden, daß es dazu aber notwendiger Vorbereitungen und der Lösung praktischer Probleme bedürfe, die einige Zeit erforderten. Auf jeden Fall sollten starke Schwankungen in der Entwicklung des Bildungswesens vermieden und behutsam vorgegangen werden.

Die Rede zeigt deutlich, wo die Probleme im Bildungswesen gegenwärtig liegen. Zum einen sind es die mangelnden Bildungsmöglichkeiten für die Jugend, so daß es gilt, auf die Arbeitswelt auszuweichen, d.h. genügend Arbeitsplätze für junge Leute zu schaffen bzw. diese auf das Berufsleben vorzubereiten. Zum anderen ist es das Problem der Qualität der Ausbildung, das heute stärker denn je betont wird. Damit verzichtet man bewußt auf eine Verbreiterung des Bildungsangebots für alle, wie sie die kulturrevolutionären Bildungspolitiker im Auge hatten - freilich auf Kosten der Qualität. Die notwendige Folge der gegenwärtigen Bildungspolitik ist, daß Schüler und Studenten einem verstärkten Leistungs- und Konkurrenzdruck ausgesetzt sind.

-st-

(19) Mehr Mittel für Erziehungswesen gefordert

Anlässlich der 3. Tagung des V. NVK begrüßten die Delegierten des Nationalen Volkskongresses begrüßten die vom Chef der Staatlichen Planungskommission verkündigte Steigerung im Bildungsetat, doch Experten unter ihnen gaben zugleich zu verstehen, daß die Erhöhung bei weitem nicht ausreiche, um den für das Modernisierungsprogramm unerläßlichen Ausbau des Bildungswesens voranzutreiben. Dem Erziehungswesen, so klagte man, sei bisher nie genügend Aufmerksamkeit im Staatshaushalt gewidmet worden, auch jetzt nicht, wo für 1980 nur 13% und für 1981 nur 14% des Gesamthaushalts für Bildungsausgaben vorgesehen seien. Trotz der Aufstockung des Bildungsetats in den letzten Jahren, so heißt es, seien die durchschnittlichen Ausgaben pro Kopf aufgrund des Anwachsens der Studenten- und Schülerzahlen und der Lehrer tatsächlich gesunken. Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß nur etwa 5% aller Abiturienten die Hochschule besuchen können; insgesamt betrage die Zahl der Hochschulstudenten für ganz China nur etwas über eine Million. Für Chinas Modernisierung sei es unbedingt erforderlich, die Zahl der Hochschulbesucher drastisch zu erhöhen

(XNA, 5.9.80). Ähnlich äußerten sich Bildungsexperten auf einem vom Erziehungsministerium einberufenen Forum von Delegierten des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Sie betonten, daß die üblichen fünf Jahre Grund- und fünf Jahre Mittelschule zu kurz seien, und forderten die allgemeine Einführung von je sechs Jahren Grund- und Mittelschule (XNA, chin., 14.9.80, nach SWB, 20.9.80).

-st-

(20) Ausbildung Landwirtschaftskader

Einer der entscheidenden Engpässe einer beschleunigten Modernisierung der chinesischen Landwirtschaft liegt in der zahlenmäßig geringen Schicht an qualifizierten agrarwirtschaftlichen und -technischen Fachkräften. Ziel der Wirtschaftsführung ist es, daß jede Volkskommune über eine gewisse Anzahl solcher Kräfte verfügt, die in den Brigaden und Gruppen für die Ausbildung weiterer Kräfte sorgen können. Zur Zeit liegt die Ausbildungskapazität der chinesischen Agro-Hochschulabteilungen jedoch nur "bei einem Absolventen jährlich für 10 Volkskommunen" sowie bei "etwas mehr als einem spezialisierten Sekundarschulabsolventen jährlich für zwei Volkskommunen". "Auf jeweils 10.000 Landbewohner Chinas kommen im Durchschnitt nur 3,7 spezialisierte Fachkräfte und weniger als zwei spezialisierte Fachkräfte auf jeweils 10.000 Mu Fläche (ca. 670 ha)."

Die Behörden rechnen mit einem Zeitraum von mindestens zehn Jahren, um den dringenden Mangel zu beheben und mit weiteren zehn Jahren, bis ein angemessenes Fachkräftereservoir bereitsteht (RMRB, 24.9.80).

-ma-

(21) Studienplätze für Angehörige nationaler Minderheiten

Bei den diesjährigen Hochschuleingangsprüfungen in Tibet wurden 416 Kandidaten zum Hochschulstudium zugelassen. Von diesen waren 214 Angehörige nationaler Minderheiten, d.h. 51,4%. Von diesen erhielten 43 einen Studienplatz an einer der Spitzenuniversitäten Chinas (Radio Lhasa, 28.8.80, nach SWB, 8.9.80 u. XNA, 30.8.80). Weitaus ungünstiger ist das Verhältnis von Angehörigen nationaler Minderheiten zu Han-Chinesen in der Inneren Mongolei. Dort wurden insgesamt 1.475 Kandidaten zum Studium zugelassen; unter ihnen befanden sich aber nur 288 Angehörige nationaler Minderheiten (Radio Hohhot, 1.9.80, nach SWB, 8.9.80). In Xinjiang hingegen hat sich der Anteil der Minderheitenstudenten in diesem Jahr von ursprünglich 42% auf 54% erhöht (Radio Urumqi, 13.8.80, nach SWB, 30.8.80).

Bewerber aus Minderheitengebieten erhalten bei den Aufnahmeprüfungen einen Bonus, weil das

Schulsystem in diesen Gebieten noch sehr rückständig ist.

-st-

(22) Fern- und Abendkurse

Das Erziehungsministerium hat alle regulären Hochschulen und Universitäten ersucht, Fernkurse und Abendschulen einzurichten. Auf diese Weise soll zusätzliches Personal ausgebildet werden, das China für seine Modernisierung dringend braucht. Das Ministerium rechnet damit, daß bis 1985 ein Drittel aller Hochschulstudenten über Abend- und Fernkurse studiert. Für diese Art von Studium können sich Mitarbeiter von Unternehmen, Fabriken und Behörden sowie Abiturienten, die die Aufnahmeprüfung zur Hochschule nicht bestanden haben, bewerben. Die Absolventen der Kurse sollen anerkannte Diplome erhalten (XNA, 21.9.80).

Die Aushändigung anerkannter Diplome scheint in diesem Zusammenhang besonders wichtig zu sein. Denn bisher waren die Absolventen nichtregulärer Schulen, vor allem, wenn sie ihre Ausbildung in der kulturevolutionären Zeit erhalten hatten, stark benachteiligt und gelangten nicht auf qualifizierte Posten. Voraussetzung für die Anerkennung der Fern- und Abendkurse freilich ist, daß das Niveau dem der regulären Hochschulen angepaßt ist.

-st-

(23) Gastspiel des Pekinger Volkstheaters

Das Pekinger Volkstheater, die wohl renommierteste Sprechbühne der VR China, gastiert vom 27.9. bis zum 24.10.1980 in elf Städten der Bundesrepublik Deutschland, nämlich in Mannheim, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Leverkusen, Dortmund, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart, München und Freiburg. Gespielt wird das moderne Drama "Das Teehaus" von Lao She. Anlässlich seiner ersten Europatournee (das Ensemble gastiert auch in Frankreich) gab die Nachrichtenagentur Xinhua folgende Hintergrundinformationen bekannt (18.9.80):

Das Pekinger Volkstheater wurde 1952 gegründet. Es unterhält einen Stab von 300 geschulten Mitarbeitern und hat ein Repertoire von 160 Stücken. Es hat praktisch den Charakter eines Nationaltheaters. Intendant des Theaters ist der bekannte Dramenautor Cao Yu, der auch Vorsitzender der Chinesischen Dramatiker-Gesellschaft ist. Der Intendant ist voll verantwortlich für die Theaterarbeit. Ihm untersteht ein Künstlerkomitee, das ihn bei der Auswahl der Stücke und Rollenverteilung berät.

Junge, ehrgeizige Schriftsteller bieten ihre Stücke gern dem Pekinger Volkstheater an; allein im Jahre 1979 erhielt das Theater auf diese Weise über 100 Stücke. Mit vielversprechenden Talenten werden Diskussionen veranstaltet,

und das Theater bietet auch seine Hilfe an. Wie alle staatlichen Theater wird auch diese Bühne vom Staat unterstützt, und zwar mit einem Etat von 200.000 bis 400.000 Yuan im Jahr. Obwohl die Dekorationen und Kostüme für klassische Dramen, aber auch für Neuinszenierungen sehr kostspielig sind, werden die Karten für dieses führende Theater zu den üblichen niedrigen Preisen verkauft. Die Regisseure und Schauspieler erhalten ihr Gehalt vom Staat. An dem Theater sind über 100 ältere Schauspieler tätig. Der Nachwuchs rekrutiert sich aus den Abgängern der Drameninstitute, aber auch aus Amateuren. Die in den beiden vergangenen Jahren neu inszenierten zwölf Stücke hatten alle eine dreifache Rollenbesetzung, damit Jungschauspieler die Chance erhielten, frühzeitig vors Rampenlicht zu treten.

-st-

(24) Shakespeares "Kaufmann von Venedig" auf der Bühne

Seit Anfang September ist im Chinesischen Jugendtheater in Peking eine Neuinszenierung von Shakespeares "Kaufmann von Venedig" zu sehen. Das Drama wurde erstmalig in den zwanziger Jahren auf einer chinesischen Bühne gespielt. Vor 1949 gab es des Weiteren die Shakespeare-Dramen "Wie es euch gefällt", "Der Widerspenstigen Zähmung", "Hamlet", "Macbeth" und "Romeo und Julia" in China zu sehen. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden in Peking und Shanghai "Romeo und Julia", "Was ihr wollt" und "Viel Lärm um nichts" gezeigt (XNA, 5.9.80).

Shakespeares Dramen gehören zu den meistgespielten ausländischen Stücken in China. Im Frühjahr 1979 war in Shanghai "Viel Lärm um nichts" inszeniert worden. Ausländische Theaterstücke können in China erst seit Abschluß der kulturevolutionären Phase wieder gespielt werden.

-st-

(25) Theaterfestspiele der nationalen Minderheiten

Am 20. September 1980 wurden in Peking die größten Theaterfestspiele der nationalen Minderheiten eröffnet. Sie werden vom Kulturministerium und der Kommission für Nationalitätenangelegenheiten organisiert. Zweitausend Künstler - Sänger und Tänzer, Professionelle wie Volkskünstler - präsentieren einen Monat lang in fünf führenden Theatern der Hauptstadt künstlerische Darbietungen. Jede der 55 offiziell in China anerkannten nationalen Minderheiten hat Vertreter nach Peking entsandt. Sie kommen aus den fünf autonomen Gebieten Innere Mongolei, Xinjiang, Guangxi, Ningxia und Tibet sowie aus zwölf Provinzen. Auf der Eröffnungsveranstaltung in der Großen Halle des Volkes wurden Simultanübersetzungen der Reden in acht verschiedenen Sprachen gegeben. Der stellvertretende Ministerpräsident Yang Jingren, der selbst der

Nationalität der Hui entstammt, wies in seiner Begrüßungsansprache als Vertreter des Staates auf die autonomen Rechte der nationalen Minderheiten hin, insbesondere auf ihr Recht, ihre kulturellen Belange selbst zu bestimmen. Die Minderheiten hätten nicht nur das Recht, ihre eigene Sprache und ihre künstlerischen Formen zu pflegen, sondern es liege auch in ihrem eigenen Ermessen, inwieweit sie ihre traditionellen künstlerischen Formen bewahren, weiterentwickeln oder reformieren wollten (XNA, 21.9.80).

Tatsächlich beschränkt sich der autonome Status der nationalen Minderheiten der VR China im wesentlichen auf kulturelle Belange. Die kulturelle Eigenständigkeit sowie Zugeständnisse auf verschiedenen Gebieten (z.B. Bonus bei der Bewerbung zum Studium an chinesischen Universitäten) einerseits können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Partei und Regierung andererseits eine Zentralisierungspolitik betreiben, die darauf abgestellt ist, daß sich die Minderheiten als feste Bestandteile der VR China begreifen. Kulturelle Vielfalt innerhalb des Rahmens der VR China, wie sie anlässlich dieser Festspiele dokumentiert wird, ist erwünscht. Bezeichnenderweise aber wurde das Festival von der Zentrale organisiert, die ihre Autorität auf der Eröffnungsveranstaltung mit der ihr eigenen Symbolik, wie Nationalhymne und nationalen Emblemen der VR China, demonstrierte.

-st-

(26) Pressewesen

Im chinesischen Pressewesen sind neue Rekordzahlen zu verzeichnen: Mittlerweile gibt es in China 1.700 Zeitungen und Zeitschriften, die zusammen eine Auflage von über 150 Millionen Exemplaren erreichen. In den vergangenen zwei Jahren sind etwa 400 neue Zeitschriften auf den Gebieten der Natur- und Sozialwissenschaften sowie der Literatur und Kunst entstanden. Darüber hinaus wurden über 100 Zeitungen und Zeitschriften wiedergegründet. Trotz dieser Zunahme an Presseorganen kann der Bedarf bei weitem nicht erfüllt werden. (Hierfür dürfte im wesentlichen der Papiermangel in der VR China verantwortlich sein.) Einige Zeitungen drucken bereits höhere Auflagen, andere versuchen, durch zusätzliche Aktivitäten Bedarfslücken zu decken. So will die Volkszeitung beispielsweise demnächst eine englische Ausgabe drucken und eine Spezialausgabe für die ländlichen Gebiete herausbringen. Letztere soll ab 3. Oktober 1980 zweimal pro Woche (dienstags und freitags) erscheinen und auf die speziellen Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung abgestellt sein (XNA, 8. und 6.9.80).

Die genannte Zahl von 1.700 Zeitungen und Zeitschriften vermittelt einen Eindruck von dem Aufschwung im Pressewesen. Noch Ende des Jahres 1979 hatte diese Zahl 1.200 betragen (vgl. C.a., Januar 1980, 0 41).

-st-

(27) Neuer historischer Atlas

Im Oktober 1980 wird im Verlag für Kartographie ein neuer historischer Atlas erscheinen, der erste in China seit 1949. Dieser historische Atlas ist Bestandteil der mehrbändigen "Allgemeinen Geschichte Chinas" (Zhongguo shigao), die von dem verstorbenen Gelehrten Guo Moruo begonnen und vom Historischen Institut der Akademie der Sozialwissenschaften herausgegeben wird. Der Atlas ist das Produkt der Zusammenarbeit zwischen den Herausgebern der "Allgemeinen Geschichte" unter Führung von Yin Da (dem stellvertretenden Direktor des Historischen Instituts), der Fudan-Universität, dem Volksverlag und dem Verlag für Kartographie. Der historische Atlas enthält 113 Karten und umfaßt alle historischen Perioden von der primitiven Gesellschaft bis zum Opiumkrieg. Er besteht aus zwei Bänden: Der erste umfaßt die Zeit von der primitiven Gesellschaft bis zu den Südlichen und Nördlichen Dynastien, der zweite die Zeit von der Sui-Dynastie bis 1840 (GMRB, 14.9.80; XNA, 21.9.80).

-st-

AUSSENWIRTSCHAFT**(28) Bestimmungen über Registrierung und Personalfragen für Joint Ventures genehmigt**

Der chinesische Staatsrat hat zwei Dokumente genehmigt; eins behandelt die Registrierung und das andere Personalmanagementfragen für Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer und chinesischer Beteiligung. Beide Dokumente werden im Dokumentarteil veröffentlicht.

Die Joint-Venture-Registrierungsbedingungen sehen vor, daß ein Gemeinschaftsunternehmen nach Genehmigung seiner vertraglichen Vereinbarungen durch die Foreign Investment Commission of the People's Republic of China sich bei der General Administration for Industry and Commerce of the People's Republic of China registrieren lassen muß. Die General Administration kann ebenfalls Verwaltungseinheiten in Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten bevollmächtigen, diese Registrierung vorzunehmen. In den insgesamt elf Artikeln der Bestimmung über die Regulierung werden Fragen wie die pflichtgemäße Eröffnung von Bankkonten bei der Bank of China, die Berichterstattungspflicht über Änderungen des Produktionszwecks, des Produktionsstandortes, der Kapitalausstattung, der Dauer des Joint Ventures und ähnliche Fragen behandelt. Die General Administration oder von ihr bevollmächtigte Organe werden in den Bestimmungen befugt, Joint Ventures zu beaufsichtigen und zu inspizieren.

Alle Personal- und Beschäftigungsfragen von Gemeinschaftsunternehmen sollen in Zukunft nach

den Bestimmungen der hier veröffentlichten Regulation on Labour Management behandelt werden. Nach den Bestimmungen sollen Arbeitsverträge zwischen der Leitung des Joint Ventures und Gewerkschaftsrepräsentanten oder einzelnen Arbeitern oder Angestellten des Joint Ventures geschlossen werden. Letzteres gilt wahrscheinlich für Unternehmen, bei denen die Anzahl der Arbeiter zu klein ist, um eine Betriebs-Gewerkschaftsgruppe zu bilden. Diese Arbeitsverträge bedürfen der Billigung der Personalabteilungen der örtlichen Regierungsstellen. Die Verträge sollen alle Fragen von der Anstellung bis zur Entlassung von Belegschaftsmitgliedern, der Entlohnung, der Prämien, der Arbeitszeit, der Arbeits- und Sozialversicherung und der Arbeitsdisziplin umfassen.

Die Löhne sollen 20-50% über den Reallöhnen liegen, die in den staatlichen Betrieben der gleichen Gegend gezahlt werden. Streitigkeiten bei den Arbeitsfragen sollen, wenn sie nicht durch gegenseitige Beratung gelöst werden können, vor das für Arbitrage zuständige staatliche Personalbüro gebracht werden. Falls die Bemühungen hier scheitern, sei ein Volksgericht für die Lösung zuständig.

-ga-

(29) Bank of China darf kurzfristige Devisenkredite vergeben

Der chinesische Staatsrat hat der Bank of China gestattet, kurzfristige Devisendarlehen an chinesische Kreditnehmer zu vergeben. Seit 1973 hat die Bank of China (BoC) versuchsweise Devisendarlehen vergeben. Hierfür konnte sie die Einlagen ihrer überseeischen Niederlassungen einsetzen. Zum Jahresende 1979 betrug das Gesamtvolumen der von der Bank vergebenen Darlehen 5,5 Mrd. US\$. In der Vergangenheit waren diese Gelder eingesetzt worden, um exportbezogene Industrien und den Seeverkehr zu fördern. In Zukunft sollen diese Darlehen an einen weiteren Kreis von Kreditnehmern vergeben werden. Angesprochen sind jetzt all jene Firmen, die direkt oder indirekt Devisen verdienen.

Zusätzlich zu der Ausweitung potentieller Kreditnehmer sollen auch die Vergabemethoden vereinfacht werden. Man will komplizierte und zeitraubende Antragsverfahren in Zukunft einschränken. Dies schließt die Erweiterung der kreditvergebenden Zweigniederlassungen ein (CEN, Nr.33, 22.9.80).

-ga-

(30) Internationale Ausschreibung für sechs Infrastrukturprojekte in China

Erstmals in ihrer jüngsten Geschichte haben drei chinesische Außenhandelsgesellschaften Zulieferungen für den Ausbau von Hafen- und Eisenbahnprojekten ausgeschrieben.